

Politikermeinungen zur AP 2014–17

WAK-Nationalrat / Reaktionen auf die Entscheide zur Agrarpolitik, von Politikern aus dem Aargau und der Zentralschweiz.

SURSEE ■ Letzte Woche hat die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK die Agrarpolitik 2014–17 beraten und im Grundsatz gutgeheissen. Die Vorschläge des Bundes wurden weitgehend übernommen, zahlreiche Anträge des Schweizerischen Bauernverbands fanden keine Mehrheit.

Für Spannung ist gesorgt

Für Spannung bei der Beratung im Parlament in der Herbstsession ist deshalb gesorgt (siehe

auch Berichte und Meinungen in der «BauernZeitung» vom 17. August). Der Zahlungsrahmen wurde zwar gutgeheissen. Im Detail wurden aber viele bäuerliche Begehren nicht unterstützt. So wird es sicher noch Diskussionen über die Tierhalterbeiträge, das Ausbildungsobligatorium und die Verteilung der Direktzahlungen geben.

Die neue Agrarpolitik bestimmt weitgehend über die Zukunft der Bauern, eine breit abgestützte Information und Meinungsbildung ist deshalb sehr wichtig.

LBV-Infoabend zur AP 2014–17 in Grosswangen

Der Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband (LBV) organisiert deshalb auf Donnerstag, 6. September, 20 Uhr Ochsen, Grosswangen, ein Politforum, eine überparteiliche Auslegung zur AP 2014–17. Daran teil nehmen Josef Dissler, Vizepräsident SBV, sowie die Luzerner Nationalräte Leo Müller, CVP, Felix Müri, SVP, und Albert Vitali, FDP. Die «BauernZeitung» befragte die Teilnehmer zu ihrer Meinung zu den Entscheiden in der WAK. Ebenso äussern sich Kommissionsmitglieder der WAK-NR aus der Zentralschweiz und dem Aargau zur Agrarpolitik. *js*

AP 2014–17 im Radio

Das Regionaljournal Zentralschweiz wird über die AP 2014–17, aufgrund der Bedeutung für die Zentralschweizer Landwirtschaft, umfassend berichten. Geplant ist eine spezielle Themenwoche im September, je nach Traktandierung im Bundeshaus. Beleuchtet werden die Haltungen der Zentralschweizer National- und Ständeräte. Zu Wort kommen aber auch Bauern. So soll über besondere Betriebe berichtet werden, welche die Zukunft prägen, sei es bezüglich Innovationen, Effizienz oder auch herausragend einfache. *js*



Die Agrarpolitik hat dafür zu sorgen, dass weiterhin eine produktive und wettbewerbsfähige Landwirtschaft möglich ist, welche Landschaftspflege und Ökologie berücksichtigt. Das Bild zeigt die Gegend im aargauischen Hottwil. (Bild zVg)

MEINUNGEN AUS DER REGION ZU DEN WAK-BESCHLÜSSEN IM NATIONALRAT



Felix Müri

«Die AP 2014–17 weist aus meiner Sicht gravierende Mängel auf: Die produzierende Landwirtschaft wird geschwächt, die bäuerliche Einkommenssituation wird sich verschlechtern, alles läuft auf eine staatlich verordnete Extensivierung der Landwirtschaft hinaus. Ich meine, dass aufgrund der 134 eingereichten Anträge Bundesrat und Kommissionsmehrheit hätten realisieren müssen, dass die Vorlage erhebliche Mängel aufweist und zu überarbeiten wäre. Erfreulich ist, dass die Verkaufszulage im Gesetz verankert wird. Die Auswirkungen der einzelnen Beschlüsse müssen jetzt analysiert werden, um in der Herbstsession korrigierend einzugreifen.»

Felix Müri, Emmenbrücke, Nationalrat SVP



Leo Müller

«Positiv werte ich, dass die Ernährungssouveränität, die Qua-

litätsstrategie, die Verlängerung des Gentechnormatoriums und die Zulage für verkäste Milch von 15 Rappen ins Gesetz geschrieben werden. Die WAK hat es aber verpasst, zu diesen guten Grundsätzen konkrete Beschlüsse für die produzierende Landwirtschaft zu fassen. So hätte bei der Festlegung der Versorgungssicherheitsbeiträge auch die Tierzahl berücksichtigt werden müssen, was die WAK ablehnte. Unverständlich ist auch der Beschluss, dass künftig Direktzahlungen an Personen ausgerichtet werden sollen, die über keine landwirtschaftliche Ausbildung verfügen. Ebenso hätte ich befürwortet, wenn die Landschaftsqualitätsbeiträge gestrichen worden wären, denn diese werden im Vollzug einen hohen administrativen Aufwand verursachen.»

Leo Müller, Ruswil, Nationalrat CVP



Prisca Birrer

«Dass die WAK die Stossrichtung der AP 2014–17 unterstützt, werte ich positiv. Damit wird ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigeren, wettbewerbsfähigeren Landwirtschaft getan. Auch die vorgeschlagene Qualitätsstrategie begrüsse ich. Mit der Verlängerung des GVO-Moratoriums wird zudem ein deutliches Zeichen für eine gentechnikfreie Produktion gesetzt. Leider

hat die Kommission weitere Massnahmen im Bereich Ökologie und Tierschutz abgelehnt. Da besteht Verbesserungspotenzial, wie auch beim Entscheid für «Direktzahlungen à discrétion». Die heute bestehenden Obergrenzen nach Einkommen/Vermögen sorgen für ein ausgeglichenes System und sollen bleiben. Zentral ist die neue Strategie für Direktzahlungen. Dieser Systemwechsel führt dazu, dass umweltfreundlicher, für den Markt und die Konsumentenbedürfnisse produziert wird. Das lohnt sich auch für die Bauern!»

Prisca Birrer-Heimo, Rothenburg, WAK-Nationalrat, SP; Präsidentin Stiftung für Konsumentenschutz.



Josef Dissler

«Die Beschlüsse der WAK-Nationalrat entsprechen mehrheitlich der Botschaft des Bundesrats. Viele Anträge von bäuerlichen Kommissionsmitgliedern fanden keine Mehrheiten. Ich erwarte nun Korrekturen vom Nationalrat zugunsten der Nahrungsmittelproduktion. Es gibt einige wesentliche Punkte, die vom Parlament zwingend korrigiert werden müssen.

Direktzahlungen müssen auch in Zukunft an eine landwirtschaftliche Ausbildung gekoppelt werden. Der gefällte Entscheid der Kommission verlangt gar keine Ausbildung mehr.

Die Tierbeiträge dürfen nicht vollständig gestrichen werden. Die Kompromisslösung des SBV, die Versorgungssicherheitsbeiträge nach Intensität der Tierhaltung abzustufen, wurde leider abgelehnt. Auch im Bereich der Milchkaufverträge wurden die eingebrachten Vorschläge abgelehnt. Grundsätzlich warne ich aber vor einer Polarisierung gegen die AP 2014–17.»

Josef Dissler, Wolhusen, Vizepräsident SBV



Albert Vitali

«Die AP 2014–17 verfolgt das bundesverfassungsmässige Ziel der sicheren Versorgung weiterhin und geht somit im Grundsatz in die richtige Richtung. Daher ist eine Rückweisung der Vorlage im jetzigen Zeitpunkt der falsche Ansatz. Ich finde es positiv, dass der Zahlungsrahmen von 13,67 Milliarden Franken nicht bestritten wird. Das zeigt, dass die Landwirtschaft in der Politik und der Bevölkerung einen guten Rückhalt geniesst.

Ich unterstütze eine unternehmerische Landwirtschaft und anerkenne die bedeutenden Leistungen für die Allgemeinheit. Sie hat für unsere vor- und nachgelagerten Betriebe einen wichtigen wirtschaftlichen Stellenwert. Die knappen Entscheidungen in der WAK werden für ausgiebige Diskussionen im Parlament sorgen, sei es bei der be-

ruflichen Ausbildung für Direktzahlungen, bei den Raufutterverzehrerbeiträgen oder der Verkaufszulage.»

Albert Vitali, Oberkirch, Nationalrat FDP



Sylvia Flückiger

«Grundsätzlich wollte ich dafür sorgen, dass mehr Gewicht auf eine produzierende Landwirtschaft gelegt wird und dazu mehr unternehmerischen Freiraum für ihr Kerngeschäft zu erreichen. Als KMU- und Gewerbevertreterin wünsche ich mir auch gleich lange Spiesse zwischen der Landwirtschaft und dem Gewerbe. Das heisst nicht, die Landwirtschaft zu schwächen, sondern unsere Unternehmen zu stärken und auf die gleiche Ebene zu bringen. Der Bundesrat ist jedoch kaum darauf eingegangen.

Meine Partei wird sich im Rahmen der parlamentarischen Behandlung für die heimische Produktion stark machen. Wenn diese geschwächt würde, behalten wir uns ein Referendum vor. Mit bald acht Millionen Menschen im Land sollten wir die Abhängigkeit vom Ausland gerade im Nahrungsmittelbereich nicht auch noch forcieren. Wenn die Bauern neben Einkommen auch noch mehr die unternehmerische Freiheit verlieren und einem viel zu engen und obendrein teuren Verwal-

tungskorsett ausgeliefert sind, wird ihre Existenz in Frage gestellt. Das kann nicht hingenommen werden!»

Sylvia Flückiger, Schöftland/Aargau, WAK-Nationalrat, SVP



Louis Schelbert

«Als Grüner bin ich froh über das neue Direktzahlungssystem (DZ). So lassen sich die ökologischen Leistungen für die Allgemeinheit besser abgeltet. Erfreulich auch die Verlängerung des GVO-Moratoriums. Für die Branche ist besonders wichtig, dass die Finanzbeschlüsse klar durchkamen. Persönlich freut mich, dass ich mit fünf Anträgen Erfolg hatte. Leider waren im Tierschutz keine Verbesserungen mehr möglich. Beim Phosphor müssten die Bodenvorräte in der Düngerbilanz berücksichtigt werden, die Tierzucht wäre auf das System als Ganzes auszurichten, statt Tiere auf Höchstleistung zu trimmen, und die DZ-Limiten müssten bleiben. Hier halte ich meine Anträge im Rat aufrecht.

Insgesamt ist die Vorlage ausgewogen. Der Bauernverband hat viel erreicht, wir Grünen auch – und es gibt viel Gemeinsames.»

Louis Schelbert, WAK-Nationalrat, Grüne, Luzern

Umfrage Josef Scherer